

MODERNES PAKISTAN

Sajdar Mahmood: Pakistan: Political Roots and Development 1947-1999, 440 S., Oxford University Press, Karachi 2000.

Das Buch ist eine kritische Bestandsaufnahme von verpassten Chancen, falschen Entscheidungen und korrupter Politik in Pakistan. Gleichzeitig vermittelt es einen faktenreichen Einblick in die wichtigsten Entwicklungen des Landes in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Der Politologe Mahmood, der selbst die pakistanische Politik gut von innen kennt und einige Ministerposten inne hatte, ist ein engagierter Verfechter der Demokratie. Deshalb hört der Leser in den fünf großen Kapiteln des Buches häufig die Enttäuschung, ja Bitterkeit heraus, mit der Mahmood die Entwicklung des Staates seit der Teilung Indiens beschreibt. Er geht mit der politischen Klasse des Landes hart ins Gericht und macht sie für den Rückstand Pakistans gegenüber Indien in Sachen Demokratie und im internationalen Ansehen verantwortlich.

Das Werk beginnt mit einem einführenden Kapitel über die Gründung des sogenannten "Muslim-Staates". Darin – und das ist bezeichnend für sehr viele pakistanische Autoren – lässt Mahmood jedoch jede kritische Distanz vermissen. Er taucht ab in die theoretische Sphäre des Ethno-Nationalismus und in die politische Argumentation der Muslim League unter Mohammed Ali Jinnah. Mahmood nennt Jinnah pathetisch den "Vater der Nation" und behandelt die Muslime als einen homogenen Block. So spricht er von einem "muslimischen Massenbewusstsein", von einem "muslimischen, politischen Körper" und einer "muslimischen Gesellschaft", die sich den verschiedenen Hindu-Dynastien im Laufe der Jahrhunderte zum Zwecke der "Glorifizierung des Islam" entgegengestellt hätten.

Durch diese undifferenzierte Sichtweise verstrickt sich der Autor in Widersprüche: Nehru, Gandhi und der Congress hätten durch ihre Hindu-orientierte Politik geholfen, die Muslime zu einen. Wie, wenn sie seit Jahrhunderten bereits eine "Muslim polity" wären? Und wie sind die muslimischen Mitterreiter im Congress zu erklären? Mahmood gibt an einer Stelle auch zu, dass die Muslim League lange Zeit nur eine begrenzte Sympathie bei den Muslimen Indiens besaß. Wie lässt sich dann aber der Wille "der Muslime" zu einem unabhängigen Nationalstaat erklären, den

fast nur Jinnah und die League verfochten? Abweichende muslimische Strömungen und Parteien, die für die Einheit Indiens eintraten, kommen bei Mahmood nicht vor.

Kurz: Das ideologische Fundament des Staates Pakistan und die "Zwei-Nationen-Theorie" werden nicht angetastet, aller bestehenden inner-muslimischen Spaltungslinien zum Trotz. Das mag unter anderem an der staatstragenden Rolle des Autors liegen.

Mit diesem Ansatz kann Mahmood die politische Misere Pakistans freilich nicht grundsätzlich durch ein fehlendes Selbstverständnis der Muslime als Nation erklären, sondern muss die Gründe woanders suchen. Dies tut er in den folgenden vier Kapiteln mit Blick auf tagespolitische und handwerkliche Fehler während des Staatsaufbaus. Und hier nimmt der Autor kein Blatt vor den Mund. Das Buch verliert hier an nationalem Pathos und gewinnt an Sachlichkeit.

Mahmood beschreibt detailliert und gut die verschiedenen Verfassungen (1956, 1962, 1973) und Ergänzungen bis 1997 sowie das sich darin widerspiegelnde Tauziehen zwischen den Positionen eines starken Präsidenten und eines starken Premierministers mit wechselnden Gewinnern. Nur kurz erwähnt er die voranschreitende Islamisierung, die sich in den späteren Verfassungen findet. Erstaunlich auch, dass Mahmood nicht auf den steigenden Einfluss religiöser Fundamentalisten in Gesellschaft und Politik eingeht, die in die Lücke nach der Parteipolitik springen und die Enttäuschung über die säkularen Politiker auffangen.

Das Augenmerk des Autors liegt eher auf dem politischen System. Das Kapitel über die verschiedenen politischen Parteien gibt daher einen guten und nützlichen Überblick über das Spektrum der politischen Kräfte im Land. Ein weiterer Schwerpunkt Mahmoods ist die Außenpolitik. Auch hier darf der Leser keine Neutralität erwarten. Besonders deutlich wird dies beim diplomatiegeschichtlichen Abriss über die umstrittene Provinz Kaschmir. Der Autor setzt sich überflüssiger Kritik aus, wenn er eine Meilen-Rechnung aufmacht und den Anspruch Pakistans auf die Region unter anderem mit der Länge der gemeinsamen Grenze zu untermauern versucht. Schlüssiger sind dagegen Verweise auf die Haltung der überwiegend muslimischen Bevölkerung in Kaschmir. Mit Blick auf die häufig indisch dominierte Sicht auf das Problem sind Mahmoods Ausführungen zu Kaschmir aber auch ein willkommenes Gegengewicht. So beschreibt er Indiens

widerspenstige Haltung gegenüber einer UNO-Vermittlung und Nehrus inkonsequente Positionen in dieser Frage.

Interessant ist auch Mahmoods selbstkritische Symbiose innen- und außenpolitischer Faktoren: Pakistans Versagen in der Innenpolitik schwächt auch die außenpolitische Stellung des Landes. Dadurch wurde Pakistan abhängig, insbesondere von den USA, und geriet bei der verzweifelten Suche nach Verbündeten in den Strudel mächtiger Nachbarn wie China und der Sowjetunion. In der Außenpolitik schlägt der Autor auch panislamische Töne an und betont besonders die Solidarität zu muslimischen Staaten bis hin zum muslimischen Teil Bosniens während des Krieges 1992-95, dem Pakistan als einziges islamisches Land tatkräftige Hilfe gab. Mahmoods Empfehlungen für eine neue Außenpolitik Pakistans verdienen Aufmerksamkeit: Islamabad solle sich von den Taliban distanzieren (die in Pakistan ihre ideologischen Wurzeln fanden, was Mahmood allerdings verschweigt), auch deshalb, um eine weitere Annäherung zwischen Indien und Iran zwecks einer Anti-Taliban-Koalition zu verhindern. Außerdem empfiehlt er, die Abhängigkeit gegenüber den USA zu verringern.

Das letzte Kapitel widmet der Autor ganz der Frage nach den Chancen für eine Demokratisierung des Staates. Er kommt zu dem Schluss, dass Pakistanis keinesfalls weniger für diese Staatsform prädestiniert seien als in der Demokratische Reife hätten sie oft in Wahlen, vor allem nach Perioden des Kriegsrechts und der Diktatur, bewiesen. Es seien die Politiker, wie jüngst auch Benazir Bhutto, die enttäuschten und sich als autoritäre und korrupte Figuren in demokratischem Mantel entpuppten.

Leider enden Mahmoods Ausführungen vor dem erneuten Militär-Coup im Oktober 1999. Vor diesem Hintergrund bekommen seine lobenden Worte für den davor amtierenden Premier Nawaz Sharif und die angeblich positiven Signale für Wirtschaft und Demokratie in seiner Amtszeit einen schalen Beigeschmack. Doch diese Ereignisse untermauern umso mehr die allgemeine Schlussfolgerung des Autors: "Heutzutage ist das Regieren in Pakistan eher ein tagtägliches Krisen-Management als eine langfristige und beständige Entwicklung der Gesellschaft oder die Institutionalisierung der Ausübung politischer Autorität."

Berlin

Carsten Wieland